

1 Beschluss des SPD-Landesvorstands Berlin

2 **FÜR EINE SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK!**
3 *THESEN ZUM WAHLERGEBNIS*

4 Wir haben in Berlin einen entschlossenen Wahlkampf gemacht. Die Berliner SPD hat in der gan-
5 zen Stadt den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gesucht. Mit zukünftig acht Bundestags-
6 mandaten – davon zwei Direktmandate – konnten wir drei zusätzliche Mandate erzielen. Wir
7 haben unser Zweitstimmenergebnis gegenüber 2009 um 4,4 Prozentpunkte deutlich stärker als
8 im Bundesschnitt verbessert. Das ist vor allem dem engagierten Wahlkampf unserer Wahlkämp-
9 ferinnen und Wahlkämpfer vor Ort in allen zwölf Berliner Wahlkreisen zu danken.

10 Dies war ein schwieriger Wahlkampf für uns. Wir haben in Berlin trotzdem unbeirrt in allen
11 Wahlkreisen engagiert gekämpft, waren fast durchgehend mit Infoständen, Kinder- und Straßen-
12 festen und an den Haustüren präsent und haben um jede einzelne Stimme geworben. Keine an-
13 dere Partei hat einen solchen Einsatz gezeigt. Das Wahlergebnis in Berlin zeigt: es lohnt sich zu
14 kämpfen. Umfragen und öffentliche Kommentatoren hatten uns schon abgeschrieben.

15 Das bundesweite Wahlergebnis ist sehr bitter für die deutsche Sozialdemokratie. Schwarz-Gelb
16 wurde im Bund zwar abgelöst und die FDP ist erstmals seit 1949 nicht mehr im Deutschen Bun-
17 destag vertreten. Trotzdem hat es nicht für eine rot-grüne Mehrheit gereicht, die Union hat die
18 absolute Mehrheit der Mandate nur knapp verfehlt. Das macht deutlich: SPD und Grüne brau-
19 chen dringend eine Antwort auf die Demobilisierungsstrategie der Union und eine eigenständige
20 Mehrheitsperspektive.

21 Die Union hat nun den Regierungsauftrag. Nur ein Tag nach der Bundestagswahl ist es noch zu
22 früh, das Wahlergebnis abschließend zu beurteilen. Wir sollten uns diesmal - anders als 2009 -
23 die notwendige Zeit für die Diskussion in den Gremien der Partei und mit den Mitgliedern neh-
24 men und keine vorschnellen Entscheidungen treffen. Mit den folgenden Kurzthesen wollen wir
25 einen Impuls für die notwendige innerparteiliche Diskussion geben.

26

27 **■ Keine einsamen und handstreichartigen Entscheidungen!**

28 Wir erwarten, dass das Wahlergebnis und seine Auswirkungen in den Gremien ausgewertet und
29 diskutiert werden und wir uns die dafür notwendige Zeit nehmen. Weitreichende Entscheidun-
30 gen müssen in den zuständigen Gremien getroffen werden, außerdem sollten wir unsere Mit-
31 glieder direkt einbeziehen.

32 Dafür haben wir mit den organisationspolitischen Neuerungen nach 2009 die Grundlagen ge-
33 schaffen, indem der Parteivorstand aufgewertet, der Parteikonvent als neues beschlussfassendes
34 Gremium eingeführt, der Bundesparteitag vergrößert und die Möglichkeiten der direkten Beteili-
35 gung unserer Mitglieder durch Mitgliederbefragungen und leichtere Mitgliederentscheide aus-
36 geweitet haben.

37

38 **■ Programmatische Korrekturen waren richtig und notwendig!**

39 Wir haben uns mit dem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl als die Gerechtigkeitspartei
40 positioniert. Nach der verlorenen Bundestagswahl haben wir auf Fehlentwicklungen auf dem
41 Arbeitsmarkt, bei der sozialen Absicherung oder den öffentlichen Haushalten an einigen Stellen
42 mit Kurskorrekturen reagiert. Wir haben gemeinsam ein Rentenkonzept und ein Steuerkonzept
43 entwickelt, in der Arbeitsmarktpolitik Korrekturen bei der Leiharbeit vorgenommen und unser
44 Bürgerversicherungsmodell weiterentwickelt. Unsere Konzepte erfahren in der Bevölkerung viel
45 Zuspruch. Die SPD hat zu ihrer sozialdemokratischen Sprache zurückgefunden, wir haben in den
46 Gewerkschaften, in sozialen und ökologischen Bewegungen oft wieder Verbündete gefunden. Die
47 SPD ist heute wieder eine lebendigere und kampagnenfähigere Partei als noch 2009. Dieser Kurs
48 muss fortgesetzt werden. Wir haben vor der Wahl eine sozial gerechtere Politik versprochen. Das
49 gilt nun auch nach der Wahl. Dennoch müssen wir uns programmatisch weiterentwickeln, um
50 noch mehr Wählerinnen und Wähler zu erreichen.

51

52 **■ Mehrheiten erkämpfen und nutzen!**

53 Angesichts des aktuellen Wahlergebnisses und der Festlegungen im Vorfeld ist eine rot-rot-grüne
54 Koalition für 2013 keine ernsthafte Option. Alles andere würde von den Wählerinnen und Wäh-
55 lern nun als Wortbruch wahrgenommen. Wenn wir allerdings den Anspruch nicht aufgeben wol-
56 len, in einer Koalition als stärkste Fraktion auch den Kanzler/die Kanzlerin zu stellen, brauchen
57 wir eine realistische Machtoption.

58 Wenn wir weiterhin eine Zusammenarbeit mit der Linken bereits vor der Wahl kategorisch aus-
59 schließen, wird am Schluss immer die Union als lachender Gewinner dastehen.

60

61 **■ Sozialdemokratische Politik durchsetzen!**

62 Die SPD hat keinen Regierungsauftrag erhalten. Es ist nun an der Union, sich eine Mehrheit im
63 Bundestag zu suchen. Bei den Kernpunkten sozialdemokratischer Politik sehen wir keine Über-
64 einstimmungen mit der Union. Wir werden nicht Mehrheitsbeschafferin für eine schlechte Politik
65 sein.